S 6 AL 713/97

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Sachsen

Sozialgericht Sächsisches Landessozialgericht

Sachgebiet Arbeitslosenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 6 AL 713/97 Datum 09.07.1999

2. Instanz

Aktenzeichen L 3 AL 161/99 Datum 22.05.2001

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung des KlĤgers gegen das Urteil des Sozialgerichts Dresden vom 09. Juli 1999 wird zurĹ⁄₄ckgewiesen.
- II. Notwendige auà ergerichtliche Kosten auch der Berufungsinstanz sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten über die Gewährung eines Verpflegungskostenzuschusses für Familienheimfahrten.

Der am â | geborene, ledige und in G â | wohnhafte Klà zer hat ein minder jà zhriges Kind. Im Anschluss an die Facharbeiterausbildung als Elektromechaniker war er zunà zchst von 1984 bis 1991 in diesem Beruf beschà zftigt. Anschlieà end war er von August 1992 bis April 1993 als Handelsvertreter tà ztig und meldete sich am 01.05.1993 arbeitslos. Wegen eines Hautleidens kann der Klà zer den Beruf des Elektromechanikers nicht mehr ausà 4 ben. Daher stellte er am 06.03.1995 Antrag auf Fà rderung einer beruflichen Rehabilitationsmaà nahme. Es handelte sich um eine Umschulung zum

Sozialversicherungsfachangestellten, welche in Hamburg stattfand.

Dieser Maà nahme war zunà chst eine entsprechende Vorbereitungsmaà nahme vorgeschaltet (vom 03.04.1995 bis zum 30.07.1995). Die eigentliche Bildungsmaà nahme erfolgte dann in der Zeit vom 31.07.1995 bis zum 26.06.1997. Im Juni 1997 bestand der Klà ger erfolgreich die Abschlussprà 4 fung. Mit Bescheid vom Mà zrz 1995 (genaues Datum ist nicht erkennbar) bewilligte die Beklagte dem Klà ger sowohl fà 4 r die Rehabilitationsvorbereitungsmaà nahme als auch die Umschulung zum Sozialversicherungsfachangestellten dem Grunde nach folgende Fà rderungsleistungen: à bergangsgeld und Reisekosten, welche unmittelbar an den Klà ger ausgezahlt wurden sowie Maà nahmekosten fà 4 r Lernmittel, Unterkunft und Verpflegung, abzurechnen à 4 ber den Trà ger der Maà nahme. Ein gesonderter Verpflegungskostenzuschuss fà 4 jede Familienheimfahrt war in diesem Bescheid nicht ausgewiesen.

Mit Schreiben vom 26.02.1997 beantragte der Kl \tilde{A} ¤ger die gesonderte Gew \tilde{A} ¤hrung eines Verpflegungskostenzuschusses seit dem 03.04.1995 f \tilde{A} ½r jeweils zwei Familienheimfahrten im Monat (pro einfache Fahrtstrecke 12,50 DM). Hierzu bezog er sich auf die Regelungen des Bundesreisekostengesetzes.

Mit Bescheid vom 18.04.1997 lehnte die Beklagte diesen Antrag ab. <u>ŧ 56 Abs. 2 Nr. 4 Satz 1</u> 1. Halbsatz und Satz 2 AFG i. V. m. <u>ŧ 34 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 6 Satz 1 der Anordnung des Verwaltungsrates der Bundesanstalt fýr Arbeit ýber die Arbeitsund Berufsförderung Behinderter (A Reha) sehe Fahr-, Verpflegungs- und <u>Ä</u>bernachtungskosten sowie Reisekosten fýr zwei Familienheimfahrten vor, nicht jedoch einen Verpflegungszuschuss fýr die zuletzt genannten Fahrten.</u>

Dem widersprach der Kläger am 09.05.1997. Zwischen An- und Abreise sowie den einzelnen Familienheimfahrten seien keine Unterschiede zu machen. Das Tagegeld nach dem Bundesreisekostengesetz beziehe sich daher auch auf die Familienheimfahrten.

Durch Widerspruchsbescheid vom 12.08.1997 wies die Beklagte den Widerspruch als unbegr \tilde{A}^{1} 4ndet zur \tilde{A}^{1} 4ck.

Für Familienheimfahrten seien lediglich die Fahrkosten erstattungsfähig. Eine Bezuschussung mit Verpflegungskosten sehe die A Reha nicht vor.

Dagegen hat sich der Kläger am 02.09.1997 an das Sozialgericht Dresden gewandt. Nach einem gemeinsamen Rundschreiben der Spitzenverbände (Krankenkassen, Unfallversicherungsträger, Rentenversicherung, Bundesanstalt für Arbeit) sei eine einheitliche Reisekostengewährung bei Reha-MaÃ \Box nahmen zu schaffen. Tage- oder Verpflegungsgeld sei auÃ \Box er für An- und Abreise auch für Familienheimfahrten zu zahlen.

Die Beklagte hat hierzu die Auffassung vertreten, dass Grundlage der A Reha u. a. die Gesamtvereinbarung $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber die Ber $\tilde{A}^{1}/_{4}$ cksichtigung der Grunds \tilde{A} ztze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei der Durchf $\tilde{A}^{1}/_{4}$ hrung der Ma \tilde{A} nahmen zur

beruflichen Rehabilitation der Träger der beruflichen Rehabilitation, in Kraft getreten am 01.09.1993, sei. § 10 dieser Gesamtvereinbarung regele die Gewährung der Reisekosten bei Reha-MaÃ□nahmen und der Inhalt sei identisch mit § 34 der A Reha. Diese Norm enthalte jedoch keine Regelung zu Verpflegungskosten anlässlich der Familienheimfahrten. Die Kosten fÃ⅓r die Verpflegung seien gem. § 29 Abs. 3 A Reha bereits Bestandteil der MaÃ□nahmekosten, welche die Beklagte fÃ⅓r die gesamte Zeit getragen habe.

Durch Urteil vom 09. Juli 1999 hat das Sozialgericht Dresden (SG) ohne mündliche Verhandlung gem. <u>§ 124 Abs. 2</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG) die Klage abgewiesen. Zwar gehörten zu den Reisekosten bei Familienheimfahrten grundsätzlich auch die Verpflegungskosten. Diese seien jedoch bereits durch die gem. <u>§ 23a Abs. 3</u> Ziff. 5 A Reha vereinbarten Tageskostensätze von der Beklagten erbracht worden. Ein nochmaliges Verpflegungsgeld stelle daher eine Doppelleistung dar.

Gegen das am 22.09.1999 zugestellte Urteil hat der Kläger am 13.10.1999 Berufung eingelegt. Er vertritt weiterhin die Auffassung, es gebe eine Vereinbarung zur Gleichbehandlung von Rehabilitanten der entsprechenden Reha-Träger vom 07.08.1974. Die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung und der gesetzlichen Rentenversicherung hielten sich an diese Vereinbarung. Im Sinne einer Gleichbehandlung sei ihm daher ebenfalls Verpflegungsgeld zu gewähren. Während der gesamten MaÃ□nahmedauer habe er mindestens 52 Familienheimfahrten durchgeführt.

Der KlĤger beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Dresden vom 09. Juli 1999 sowie den Bescheid vom 18.04.1997 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.08.1997 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, dem Kl \tilde{A} $^{\mu}$ ger einen Verpflegungskostenzuschuss f \tilde{A} $^{\mu}$ r die in der Zeit vom 03.04.1995 bis zum 26.06.1997 durchgef \tilde{A} $^{\mu}$ hrten Familienheimfahrten i. H. v. 12,50 DM pro einfache Fahrt zu gew \tilde{A}

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Die dem Kläger gewährten Verpflegungskosten seien Bestandteil eines Gesamtrehabilitationspaketes. Da die einzelnen Reha-Träger jeweils Leistungen nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften bewilligten, sei nicht auszuschlieÃ☐en, dass die jeweiligen Kosten auch unterschiedlich hoch sein können.

Das BerufsfĶrderungswerk H â \square ¦ GmbH bestÃxtigte durch Schreiben vom 20.04.2001 die Entrichtung der TageskostensÃxtze pauschal fÃx4r 30 Tage im Monat. Diese TageskostensÃx4ze enthielten bei Internatsunterbringung Vollverpflegung, so dass fÃx4r Familienheimfahrten Lunchpakete zur VerfÃx4gung gestellt wÃx4rden.

Zu den Vereinbarungen zwischen der Rehabilitationseinrichtung (BerufsfĶrderungswerk H â□¦ GmbH) und der Bundesanstalt fÃ⅓r Arbeit fÃ⅓r die Jahre 1995 bis 1997 wird auf Bl. 36 bis 49 und 57 bis 60 der LSG-Akte verwiesen.

Wegen der weiteren Einzelheiten zum Sach- und Streitstand wird auf die Gerichtsakten beider Rechtszüge sowie auf die Verwaltungsakte der Beklagten verwiesen.

Entscheidungsgründe:

Die statthafte (§Â§ 143, 144 Abs. 1 Sozialgerichtsgesetz -SGG-) sowie form- und fristgerecht eingelegte Berufung (§ 151 SGG) ist zulĤssig, in der Sache jedoch nicht begrĽndet. Das mit der Berufung angegriffene Urteil des Sozialgerichts Dresden (SG) vom 09. Juli 1999 hat zu Recht die Klage abgewiesen, weil der Bescheid vom 18.04.1997 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.08.1997 den KlĤger nicht in seinen Rechten verletzt.

Der Kl \tilde{A} ¤ger hat keinen Anspruch auf Gew \tilde{A} ¤hrung eines Verpflegungsgeldes f \tilde{A} 1 4r die Vorbereitungsma \tilde{A} $^{-}$ 1nahme vom 03.04.1995 bis zum 30.07.1995 sowie die berufliche Rehabilitationsma \tilde{A} $^{-}$ 1nahme vom 31.07.1995 bis zum 26.06.1997.

Nach dem Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation (Reha-AnglG) vom 07.08.1974 Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 1881) richten sich die Voraussetzungen, Art und Umfang der Leistung eines Rehabilitationsträgers und deren Sicherstellung, entsprechend den Grundsätzen der §Â§ 10 bis 20 dieses Gesetzes, nach für den jeweiligen Rehabilitationsträger geltenden besonderen Rechtsvorschriften (§ 9 Reha-AnglG). Gem. § 12 Nr. 4 i. V. m. § 19 Abs. 3 Reha-AnglG werden Reisekosten im Regelfall für zwei Familienheimfahrten je Monat übernommen, wenn der Behinderte an einer berufsfördernden MaÃ∏nahme zur Rehabilitation teilnimmt. Bereits im Reha-AnglG wird hierzu der Begriff Reisekosten näher erläutert. Nach § 19 Abs. 1 Reha-AnglG werden als Reisekosten die im Zusammenhang mit der Teilnahme an einer medizinischen oder berufsfördernden MaÃ∏nahme zur Rehabilitation erforderlichen Fahr-, Verpflegungs- und Ã∏bernachtungskosten übernommen.

Grundlage fýr berufsfördernde Leistungen zur Rehabilitation der Bundesanstalt fþr Arbeit ist § 56 AFG. Die BA gewährt gem. § 56 Abs. 1 Satz 1 AFG als berufsfördernde Leistungen zur Rehabilitation die Hilfen, die wegen Art oder Schwere der Behinderung erforderlich sind, um die Erwerbsfähigkeit zu erhalten, zu verbessern, herzustellen oder wiederherzustellen und Behinderte möglichst auf Dauer beruflich eingliedern. Die dem Kläger hier primär gewährte berufsfördernde Leistung war die Umschulung zum Sozialversicherungsfachangestellten. Die berufsfördernden Leistungen werden erweitert durch einen Katalog ergänzender Leistungen (§ 56 Abs. 2 AFG). Nach § 56 Abs. 3 Nr. 4 AFG Ã⅓bernimmt die Beklagte die im Zusammenhang mit der Teilnahme an einer berufsfördernden MaÃ□nahme erforderlichen Fahr-, Verpflegungs- und Ã□bernachtungskosten. Trotz des ungenauen Wortlauts lässt die Regelung hinreichend deutlich erkennen, dass Rechtsgrund für die

Ã□bernahme von Verpflegungskosten nach Nr. 4 die regelmäÃ□ige Zu- und Abreise zwecks Teilnahme an einer berufsfördernden MaÃ□nahme ist. Begrifflich fallen somit die Verpflegungskosten unter die Reisekosten (Gagel, AFG, Rdnr. 32 zu § 56; Hoppe/Berlinger, Förderung der beruflichen Bildung, Stand Januar 1990, § 56 Anm. 16 und 17; BSG SozR 3-4100 § 56 Nr. 9).

Nach <u>§ 58 Abs. 2 AFG</u> bestimmt die Beklagte durch Anordnung das Nähere über Voraussetzungen, Art und Umfang der berufsfördernden und ergänzenden Leistungen zur Rehabilitation, ohne dass sie hierdurch allerdings die gesetzlichen Vorschriften abändern bzw. eine gesetzliche Förderungspflicht auszuschlieÃ□en dþrfe (BSG <u>SozR 3-4100 § 56 Nr. 9 BSGE 37, 163</u>, 169 f.; BSG SozR 4100 § 58 Nr. 18; SozR § 59 Nr. 2). Dies ist erfolgt durch die Anordnung des Verwaltungsrates der Bundesanstalt fþr Arbeit þber die Arbeits- und Berufsförderung Behinderter (A Reha) in der Fassung der 19. Ã□nderungsanordnung zur A Reha vom 26.10.1995. Diese regelt im dritten Unterabschnitt die "Leistungen zu den Kosten der MaÃ□nahme". Gem. § 34 A Reha gehören hierzu auch die Reisekosten.

Absatz 1 dieser Norm definiert zunÄxchst den Umfang der zu gewÄxhrenden Reisekosten. Danach gewĤhrt die Bundesanstalt als Reisekosten nach <u>§ 56 Abs. 3</u> Nr. 4 AFG Leistungen fýr die erforderlichen Fahr-, Verpflegungs- und ̸bernachtungskosten sowie die Kosten des erforderlichen Gepäcktransports. Dies betrifft Reisekosten, die entstehen fA1/4r: 1. An- und Abreise, 2. Familienheimfahrten, Pendelfahrten zwischen Wohnung oder Unterkunft â∏! Diese allgemeine Regelung legt jedoch noch nicht fest, in welchem genauen Umfang bzw. auf welche Weise z. B. die Verpflegungskosten zu gewÄxhren sind. Zu den Kosten der Verpflegung und ̸bernachtung anlässlich der An- und Abreise findet sich hierzu in § 34 Abs. 4 A Reha eine konkretisierende Regelung. Danach sind hierzu die Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes in HA¶he der Reisekostenstufe A anzuwenden. Zu den Fahrkosten für Familienheimfahrten bestimmt Abs. 6 lediglich, dass diese im Regelfall für zwei Familienheimfahrten im Monat anzuerkennen sind, wenn der Behinderte an einer Ma̸nahme auÃ∏erhalb seines Wohnortes teilnimmt und Leistungen fA¹/₄r Kosten der Unterkunft und Verpflegung übernommen werden. Der Kläger hat danach â∏ zumindest grundsätzlich â∏ auch fýr die Familienheimfahrten einen Anspruch auf Verpflegungskosten, als Bestandteil der Reisekosten.

Gleichwohl hat er keinen Anspruch â dentsprechend seinem Begehren â den Verpflegungs- bzw. Zehrgeld fã 4r die jeweiligen Fahrten. Den Anspruch auf Verpflegungskosten hat die Beklagte nã mlich bereits im Rahmen des Tageskostensatzes als Teil der Vereinbarungen zwischen der Beklagten und der Rehabilitationseinrichtung erfã 4lt. Gem. § 29 Abs. 3 A Reha werden bei der Teilnahme an berufsfã ¶rdernden Bildungsmaã nahmen in Rehabilitationseinrichtungen, wie sie bei dem Klã 2ger gegeben war, Maã nahmekosten nur entsprechend der getroffenen Vereinbarung nach § 23a A Reha gewã hrt. In diesen Fã llen zã hlen zu den Maã nahmekosten grundsã 23a A Reha sind die erforderlichen Kosten fã 1r Lernmittel, Arbeitskleidung, Unterkunft und Verpflegung und Reisekosten â 1r, § 29 Abs. 3 Satz 2 A Reha. Nach § 23a Abs. 1 A Reha sind à 4ber die Durchfã 4hrung berufsfã ¶rdernder

BildungsmaÄ nahmen in Rehabilitationseinrichtungen Vereinbarungen nach der MaÄ gabe von Abs. 3 abzuschlieÄ en. Nach Abs. 3 trifft die Vereinbarung u. a. Regelungen Ä ber die HÄ he der TageskostensÄ tze je MaÄ nahmeteilnehmer (Nr. 5). Entsprechende Vereinbarungen liegen zwischen der Bundesanstalt fÄ rabeit und dem BerufsfÄ rderungswerk H â f GmbH, als Einrichtung der beruflichen Rehabilitation, fÄ rd die Jahre 1995 bis 1997 vor. FÄ rd die Berechnung der TageskostensÄ tze, die jeweils fÄ rd die Verweildauer des einzelnen Teilnehmers von der Bundesanstalt fÄ rabeit zu zahlen sind, wurden 356 Abrechnungstage fÄ rein Wirtschaftsjahr zugrunde gelegt. Es werden daher fÄ rein Tag der Verweildauer, einschlieÄ lich der Tage der Familienheimfahrten, die Verpflegungskosten pauschaliert im Rahmen der TageskostensÄ tze erbracht. Dies bedeutet â med das SG bereits zutreffend ausgefÄ rht hat â das sich der KlÄ zer zwecks einer entsprechenden Versorgung an den RehabilitationstrÄ zer hÄ zete wenden mÄ sen.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 193 SGG.

Gründe für die Zulassung der Revision liegen nicht vor, vgl. § 160 Abs. 2 SGG.

Erstellt am: 07.09.2003

Zuletzt verändert am: 23.12.2024